



DIE LINKE.

Ratsfraktion Duisburg

Geschäftsstelle, Gravelottestr. 28

47053 Duisburg-Hochfeld

Tel.: 02 03 / 9 30 86 92

Fax: 02 03 / 9 30 86 94

Email: buero@linksfraktion-

duisburg.de

www.linksfraktion-duisburg.de

Newsletter 5/2012

Duisburg, Ende Juni 2012

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
Liebe Freundinnen und Freunde,

mit dem newsletter stellen wir in Kurzform die wichtigsten Aktivitäten der MandatsträgerInnen der Fraktion DIE LINKE. in Duisburg dar. In dieser Ausgabe werden wir uns auf die Ratssitzung vom 25. Juni 2012 beschränken. Zentrales Thema dieser Sitzung war die Verabschiedung des Haushaltes 2012 und des Haushaltssanierungsplan 2012 – 2021.

Wir dokumentieren zunächst die Haushaltsrede von Hermann Dierkes, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, die sowohl Informationen zur Haushaltslage als auch zum Stärkungspakt Stadtfinanzen gibt und vor allem einen Einblick auf die in der rot-rot-grünen Kooperation erarbeiteten Alternativen, die im Rat verabschiedet wurden.

Anschließend dokumentieren wir die abgelehnten Maßnahmen der Verwaltung zum Haushaltssanierungsplan, die veränderten Maßnahmen und die entsprechenden Kompensationen.

Haushaltsrede von Hermann Dierkes, Fraktionsvorsitzender (gekürzt):

Als eine von 34 Kommunen wird Duisburg binnen 10 Jahren mit rd. 420 Mio. Euro an den Mitteln des Stärkungspakts partizipieren. Die Verwaltung hat nach monatelanger Arbeit ein Maßnahmenpaket vorgelegt, um den Haushalt zusätzlich zu dem fortgeschriebenen HSK in Höhe von rd. 120 Mio. Euro um weitere 61 Mio. bis 2016 und um 82 Mio. bis 2021 zu verbessern. Ab 2021 muss unsere Stadt den Haushaltsausgleich ohne jede besondere Finanzhilfe des Landes erreichen.

Nach wochenlangen und intensiven Beratungen in unserer Fraktion und mit unseren Kooperationspartnern sind wir davon überzeugt: das Maßnahmenpaket der Verwaltung ist nicht alternativlos. Nicht alles, was zur Haushaltserleichterung beiträgt, ist politisch sinnvoll und vertretbar.

Im Ergebnis wollen wir es substantiell verändern. Rd. 30 der 140 Maßnahmen lehnen

wir komplett ab, 17 sollen deutlich verändert werden. Das Volumen macht mit rd. 22 Mio. Euro ein Drittel der Verwaltungsvorschläge aus.

Ziel der LINKEN war es, soziale Ausgewogenheit zu erhalten, lebenswichtige Strukturen, demokratische Beteiligungsmöglichkeiten und Instrumente kommunaler Selbstverwaltung nicht zu zerstören. Dafür mussten wir selbstverständlich auch Kompromisse eingehen – in der eigenen Fraktion, in der Kooperation sowie im Rahmen gesamtstädtischer Überlegungen. Was wir ablehnen, sind insbesondere saftige Beitragserhöhungen für Kindertageseinrichtungen, aber auch alle Maßnahmen, die soziale Hilfseinrichtungen existenziell bedrohen würden. Ablehnen wollen wir auch alles, was Sprachförderung gerade in einer Stadt wie Duisburg zurückwirft, bildungs- und jugendpolitische Angebote zerstört und was dem Druck auf die Tarife der Beschäftigten bei Reinigungsdiensten, der Hausmeister oder der

Beschäftigten der Wirtschaftsbetriebe Tür und Tor öffnen würde.

Rat, Bezirksvertretungen und Fachausschüsse sollen ab der nächsten Wahlperiode verkleinert werden. Die Politik selbst muss auch ihren Beitrag zur Haushaltsverbesserung leisten. Den sehr weit gehenden Vorschlägen der Verwaltung wollen wir aber nicht folgen, weil damit ein Abbau von Demokratie und Bürgernähe befürchtet werden muss. Aus diesem Grund lehnt DIE LINKE auch die Einstellung von Behinderten- und Seniorenbeirat ab.

Bis 2023 werden rd. 1.200 Beschäftigte der Verwaltung altersbedingt und geschätzte 600 durch Fluktuation ausscheiden. Seit langem häufen sich Konflikte um Unterbesetzung, die Abwicklung von enormen Zeitguthaben und Berufsperspektiven. DIE LINKE setzt sich entschieden für ein Personalentwicklungskonzept ein, das Aufgabenbewältigung, Ausbildung und Übernahme auch in der Verwaltung einer überschuldeten und schrumpfenden Stadt sichert. Wir erwarten von der Stadtspitze, dass sie die Informations- und Mitbestimmungsrechte des Personalrats nicht nur strikt beachtet, sondern ein neues Kapitel in der konstruktiven Zusammenarbeit mit der Arbeitnehmervertretung aufschlägt. Wir erwarten eine Umsetzungsvereinbarung hinsichtlich der Konsequenzen aus HSK und HSP zwischen Verwaltung und Personalrat.

Ernst machen will die Kooperation mit der Umstrukturierung von Teilen der Verwaltung und einiger städtischer Töchter (u.a. DMG, IDE). Auch der Einkauf soll komplett neu organisiert werden. Davon versprechen wir uns erhebliche Effizienzgewinne und Kosteneinsparung.

Auch wir unterstützen das vom Stadtsportbund vorgeschlagene Bäderkonzept, das alternativ zu den weitgehenden Schließungsvorschlägen der Verwaltung steht. Wir möchten uns ausdrücklich für die konzeptionellen Überlegungen des SSB bedanken. Sie haben uns sehr geholfen.

Wir wissen, dass wir Walsum und Homberg mit der Aufgabe von Freibäderbereichen einiges abverlangen, um Schlimmeres zu verhindern. Auch im Bezirk Süd kommen keine zustimmenden Rufe angesichts der weiterhin

ungewissen Zukunft der Bäderlandschaft. Im gesamtstädtischen Interesse sehen wir derzeit aber keine sinnvollen Alternativen und bitten zu bedenken: Unsere Stadt behält auch künftig über ein Dutzend Bäder, weitere – auch populäre – Freibademöglichkeiten nicht mitgerechnet. Wir würden uns übrigens freuen, wenn die Auslastung unserer Bäder das ganze Jahr über deutlich steigen würde. Da allerdings bereits über 50 % von Vereinen geführt werden, was die Nutzung – neben dem auch künftig gesicherten Schulschwimmen – auf Vereinsmitglieder beschränkt, strebt die LINKE eine Verständigung mit dem SSB über Bürgerschwimmzeiten an.

Was die heiß diskutierte Zukunft der Opernehe mit Düsseldorf betrifft, so war für uns immer klar: Eine Schließung von erstklassigen Kultureinrichtungen und die Zerstörung ihres Verbunds kommt überhaupt nicht infrage. Andererseits muss angesichts der haushalts-politischen Zwangslage alles auf den Prüfstand, insbesondere große Kostenblöcke. Die LINKE setzt sich deshalb für den Kooperationsvorschlag ein, der eine Einsparvorgabe von knapp 1,5 Mio. vorsieht sowie präzisierende Hinweise für die künftige Geschäftspolitik und Programm-gestaltung. Der LINKEN ist es besonders wichtig, dass endlich die veränderte Zusammen-setzung unserer Stadtbevölkerung in den Programmen von Sprechtheater, Oper und Philharmonie berücksichtigt wird. Das Angebot entspricht bis heute nicht der multikulturellen Zusammensetzung unserer Stadtbevölkerung, ihren Bedürfnissen und Potentialen. So hat auch der Städtetag unlängst an die Kommunen appelliert, hier deutlich mehr zu tun. Wir sind sicher, dass eine aufgeschlossene Herangehensweise sich auch positiv für die Finanzierung der Kulturaufgaben auswirken würde. Duisburg muss nicht nur als Oberzentrum für viele umliegende Kommunen Kulturangebote vorhalten, sondern sollte sich auch durch eine beispielgebende Kulturpolitik auszeichnen, die die gesamte Stadtbevölkerung im Auge hat. Die Schließung der Rheinhausenhalle lehnen wir auch aus diesem Grund ab.

Die von den LINKEN unterstützten Kompensationsvorschläge sehen – neben den Einspareffekten aus Reorganisation von Verwaltung und früheren Ausgründungen – vor allem deutliche Dividendensteigerungen der

großen Töchter vor, dazu sind wir übrigens gesetzlich verpflichtet. Wir wollen eine erhebliche Kostensenkung bei der Fremdanmietung von Büro-raum sowie eine – im Unterschied zur Verwaltung um jeweils 2 Jahre vorgezogene moderate Steigerung der Gewerbe- und Grundsteuer B ab 2014 in mehreren Schritten. Damit ist aber auch klar, dass die von uns für richtig gehaltenen Änderungen des Verwaltungspakets nicht einfach durch erhöhte Kommunalsteuern gegenfinanziert werden sollen. Diese sind nur *ein* Faktor bei der Gegenfinanzierung und wir können die reflexartige Kritik von Interessen-verbänden nicht nachvollziehen. Wer eine lebendige und attraktive Stadt haben will, wer eine gut ausgebaute Struktur, effiziente Verwaltung und die weichen Standortfaktoren zu schätzen weiß, der muss auch als wirtschaftlicher Akteur das seine dazu beitragen.

Eine Privatisierung von städtischen Gesellschaften – wie sie von CDU, FDP und DWG beantragt werden – kommt für die LINKE nicht infrage. Wir wollen weder die Kühe schlachten, die den Stadtfinanzen die Milch geben sollen, noch Tausende von Beschäftigten, ihre Familien und die Mieter der Gebag in Angst und Schrecken versetzen.

Angesichts der Haushaltskrise und Unabwendbarer Einschnitte haben wir keinen Grund zum Jubeln. Wir wollen aber mit den Finanzhilfen des Landes das Beste aus der Situation machen. Wir sind davon überzeugt, dass der rot-rot-grüne Sanierungsplan vom Rat verabschiedet und von der Kommunalaufsicht genehmigt wird. Damit würde ein neues Haushaltskapitel aufgeschlagen, ein Stück kommunale Selbstverwaltung wieder hergestellt.

Abstimmung:

Folgende Sanierungsmaßnahmen der Verwaltung wurden abgelehnt:

| | |
|----------|---|
| 0-001008 | Abrechnung mandatsbezogene Aufwandsentschädigung |
| 0-001013 | Sonderpauschalen für Mitglieder der Bezirksvertretungen |
| 0-001014 | Fortfall der Erhöhung der Fraktionszuwendungen |
| 0-001016 | Reduzierung der Zahl der Bezirksvertretungen |
| 2-919702 | Reduzierung der freiwilligen Leistungen im Bereich der Bezirksämter |
| 0-002001 | Kürzung Mittel Städtepartnerschaft |
| 7-000016 | Anteilsverkauf Klinikum |
| 7-000020 | Reduzierung der Grünpflegeunterhaltungskosten WBD-AöR |
| 2-300008 | Beschränkung der Mitgliedschaft des KSA auf Haftpflichtansprüche |
| 2-960005 | Konzept Veranstaltungshallen Schließung der Rheinhausen-Halle |
| 3-401016 | Verzicht auf freiwillige Sprachfördermittel |
| 3-404001 | Schließung von Stadtteilbibliotheken |
| 3-404004 | Einstellung der Fahrbibliothek |
| 3-510003 | Maßnahmen zur Unterstützung der Elternarbeit |
| 3-510004 | Sprachförderung |
| 3-510007 | Verpflegungsentgelte Kita |
| 3-510011 | Erhöhung der Elternbeiträge |
| 4-500046 | Einstellung des Beirates für Menschen mit Behinderungen |
| 4-500047 | Einstellung des Seniorenbeirates |
| 5-610002 | Deaktivierung Brunnenanlagen |
| 5-650011 | Übertragung der Eigenreinigung auf die Konzerntochter Octeo |
| 5-650012 | Optimierung des Personaleinsatzes im Pforten- und Servicedienst |
| 5-650019 | Reduzierung der infrastrukturellen Dienstleistungen Hausmeister |
| 6-310007 | Projektförderung ESPADU |
| 6-530002 | Stellenfortfall, Aufgaben Familienberatung |
| 6-530003 | Rückführung der HIV/AIDS Beratung auf ein Basisangebot |

| | |
|----------|---|
| 6-530007 | Psychiatrische Hilfsvereine Reduzierung der Zuwendungen |
| 6-530008 | Selbsthilfekontaktstelle; Verzicht auf Förderung |
| 6-530006 | Impfprävention Adipositas |
| 6-530011 | Schwangerschaftsberatung Verzicht auf Förderung "Haus im Hof" |

Folgende Sanierungsmaßnahmen der Verwaltung wurden verändert:

0-001004 Reduzierung Ratsmandate, wird dahingehend verändert, dass dem Rat eine Vorlage zur Reduzierung der Ratsmandate um insgesamt zwei Sitze vorzulegen ist. Die Sparsumme ist gemäß der beantragten Auflistung zu verändern.

0-001005 Reduzierung der BV-Mandate, wird dahingehend verändert, dass dem Rat eine Vorlage zur Reduzierung der Sitze in allen BV's um je zwei Sitze vorzulegen ist. Die Sparsumme ist gemäß der beantragten Auflistung zu verändern.

2-919701 Änderung der Bezirksstruktur, wird dahingehend verändert, dass dem Rat eine Vorlage zur Veränderung der Organisation der Strukturen in den Bezirksämtern vorzulegen ist. Diese soll eine jährliche Einsparsumme von ca. 0,5 Mio. Euro generieren. In der neuen Struktur sind Möglichkeiten vom Wegfall der stellv. Amtsleitungen, gemeinsamen Gremienbetreuungen u.ä. vorzusehen. Die Sparsumme ist gemäß der beantragten Auflistung zu verändern.

0-005003 Neustrukturierung Integrationsbereiche, ist vor der Umsetzung zu erläutern.

7-000001 Konzernergebnis DVV, wird dahingehend verändert, dass der Konsolidierungsbeitrag wie in der Tabelle „zu verändernde Maßnahmen“ dargestellt übernommen wird. Die Sparsumme ist gemäß der beantragten Auflistung zu verändern.

7-000024 Reduzierung Zuschuss GfW ist gemäß der Beschreibung der Kompensationen zu verändern und die Sparsumme wie dargestellt zu übernehmen.

7-000027/28 DMG sind gemäß der Beschreibung der Kompensationen zu verändern

und vorzulegen. Die in der Übersicht dargestellten Sparsummen sind zu übernehmen.

1-016001/4 ESD sind dahingehend zu verändern, dass dem Rat die Entwicklung einer Einkaufsgesellschaft wie in der Kompensation beschrieben vorzulegen ist. ESD bleibt als Eigenbetrieb bis zur Entscheidung über eine solche Einkaufsgesellschaft erhalten. Die Sparsummen aus dem HSP sind mit den Summen der Kompensation zu addieren.

1-100025 Rückführung Personalbereich IMD, wird dahingehend verändert, dass die Inhalte des Vorschlages abgelehnt werden. Der unveränderte Sparbeitrag ist in anderer Form aus dem IMD zu erbringen.

2-300007 WBD-AÖR Rechtsberatung, wird bei Erhalt der Sparsumme dahingehend verändert, dass die letzte Entscheidung über die Vergabe eines Rechtsgutachtens beim Vorstand der WBD verbleibt.

Die Maßnahme 3-401014

Schülerspezialverkehr, wird mit folgendem Beschluss ergänzt: Dem Schulausschuss ist nach einem Jahr ein Erfahrungsbericht vorzulegen. Darüber hinaus ist innerhalb der Organisation eine Anlaufstelle einzurichten, die über Härtefälle zu entscheiden hat.

4-403009 Kostendeckungsbeitrag VHS, wird dahingehend verändert, dass die Sparsumme ab 2013 auf 200.000 Euro reduziert und erst ab 2016 mit 300.00 Euro etatisiert wird. Die Sparsumme ist gemäß der beantragten Auflistung zu verändern.

3-410000 Neuausrichtung der kulturellen Leistungen, wird in der vorgelegten Form abgelehnt. Die DOR/Philharmoniker haben durch Maßnahmen wie Ticketing, Ausgliederung Ballett,

Einsparung Personal, Eintrittspreiserhöhung und Verlagerung des Opernshops einen Sparbeitrag von 1,45 Mio. € kassenwirksam ab 2015 zu bringen. Durch eigene andere Vorschläge kann die Ausgliederung des Balletts kompensiert werden. Es soll angestrebt werden, zur Kontrolle der Einsparung einen Zwei-Jahres-Vertrag abzuschließen. Wenn dies nicht möglich ist, ist der Sparanteil zum Bestandteil der Verlängerung zu machen. Zusätzlich sind Maßnahmen zur Erhöhung des migrantischen Kulturanteils zu ergreifen. Die Sparsumme ist gemäß der beantragten Auflistung zu verändern.

3-510015 Auflösung des

Jugendparlaments, wird dahingehend verändert, dass jeder Bezirk mit 5.000 Euro für vergleichbare Maßnahmen ausgestattet wird. Die Sparsumme ist gemäß der beantragten Auflistung zu verändern.

3-510018 Kürzungen „Freiwillige

Leistungen“ Amt 51, wird dahingehend verändert, dass der ausdrückliche Bezug auf die freiwilligen Leistungen im Maßnahmentitel gestrichen wird.

4-500045 Einstellung des Sozialberichtes,

wird dahingehend verändert, dass der Sozialbericht in einem zweijährigen Rhythmus erscheint. Die Sparsumme ist gemäß der beantragten Auflistung zu verändern.

4-520021 Neuausrichtung Duisburg-

Sport, wird wie folgt verändert: Die Maßnahmen im Bäderbereich werden abgelehnt. Stattdessen werden folgende Maßnahmen umgesetzt: Umwandlung des Allwetterbades Walsum zu einem reinen Hallenbad Schließung des Freibadebereiches des Kombibades Homberg Übernahme des Hallenbades „Kombibad Homberg“ durch den SSB oder DuSSC 09/20 analog der Übernahme Bad Wanheim Erhalt des Freibeckens Kruppsee mit Zuschusskürzung Erhalt des Bades Neuenkamp Über die Aufgabe des xxl-Bades wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden, wenn sich eine Haushaltsrelevanz oder Gremienrelevanz ergibt. In Gesprächen mit den Badbetreibern ist auf attraktive Öffnungszeiten für die Nutzer hinzuwirken. Die Sparsumme ist gemäß der beantragten Auflistung zu verändern.

1-210013 und 1-210014, Steuererhöhungen werden wie folgt verändert:

Die geplante Eingangserhöhung bei der Gewerbesteuer von 10 Prozent im Jahr 2015 entfällt. Die weiteren geplanten Erhöhungen werden um zwei Jahre vorgezogen, d.h. 15 Punkte ab 2014, 20 Punkte ab 2015 und 30 Punkte ab 2016.

Die Hebesatzerhöhung bei der Grundsteuer wird auf 20 Punkte reduziert und beginnt im Jahr 2014. Die Sparsumme ist gemäß der beantragten Auflistung zu verändern.

Zusätzlich wurde beantragt

- Es ist ein Gutachten zu vergeben, mit dem eine Gewinnsteigerung städtischer Gesellschaften durch die Ausweitung wirtschaftlicher Betätigung geprüft und erarbeitet wird. Die veränderten Gewinnausschüttungen aus der Tabelle der Kompensationen sind in das HSP zu übernehmen.
- Es sind Verhandlungen mit allen notwendigen Beteiligten bezüglich der Umlagereduzierung des LVR aufzunehmen, das Land NRW und die Bezirksregierung sind um aktive Beteiligung zu bitten.
- Dem HFA sind alle zur Erreichung der Reduzierung der Aufwendungen für Mieten und Pachten erforderlichen Informationen und Beschlussvorschläge vorzulegen.
- Die Bildungsholding wird wie beschrieben aufgelöst. Die inhaltlichen Aufgaben werden vom Dezernat wahrgenommen.

Beschreibung der Kompensationen:

Umstellung elektronische

Gremienarbeit: Die Umstellung generiert laut Drucksache aus der letzten Ratssitzung Einsparungen. Ziel ist es, die Umstellung im Rats- und im Bezirksbereich anzubieten und so deutlich zur Aufwandsreduzierung beizutragen.

Zentraler Einkauf. Bei den Einkaufsvolumina der Stadt und aller städtischer Gesellschaften ist zwingend ein Einsparpotential vorzugeben. Möglich wird dies nur, wenn alle Betriebe zum Mitmachen gezwungen werden. Gleichzeitig ist Sorge zu tragen, dass nicht nur ein Unternehmen davon profitiert und eine gleichgewichtige Mitsprachemöglichkeit innerhalb dieser neuen Organisation besteht. Auch der Einkauf- und Service Duisburg (ESD) ist in diesen Überlegungen mit einzubeziehen. Darüber hinaus kann geprüft werden, ob weitere in Duisburg ansässige Landes- und Bundesbehörden sich diesem Verbund zur Nutzung eigener wirtschaftlicher Vorteile anschließen wollen.

Neuorganisation Duisburg Marketing: Die beiden vorl. Vorschläge beinhalten die Neuorganisation des Bereiches Kommunikation. Im ersten Schritt sollen die beiden artverwandten Bereiche der Stadt und der DMG zusammengeführt werden (250.000). Der zweite Vorschlag ist eine Untersuchung der DMG mit ihren Geschäftsfeldern auf wirtschaftliche Optimierungsmöglichkeiten (unkonkretisiert, 300.000). Ursprünglich war der Ansatz der wirksamen Maßnahmen bei der DMG in der Verwaltung mit mind. 650.000 taxiert worden, also 100.000 Euro mehr. Dazu gehörte demnach noch die Wiedereingliederung des Bereichs Festivals in die Kulturbetriebe und die Organisation von Märkten durch Frischekontor, dazu die Selbständigkeit des Lapano. Dadurch ist auch eine deutliche Verschlankung des Overhead-Bereiches der DMG möglich.

Gutachten wirtschaftliche Tätigkeiten:

Städtische Unternehmen sollen bei der Aufgabenerledigung helfen, sie partiell preiswerter machen und teilweise Gewinne für die Konsolidierung der Stadt erzielen. Mit einem Gutachten wird eine Analyse beauftragt, mit

welchen zusätzlichen Geschäftsfeldern man zusätzliche Gewinne realisieren kann.

Klinikum: Bis zum Jahr 2011 war eine Gewinnausschüttung ausgeschlossen. Neben der noch zu entscheidenden Grundsatzfrage des Verkaufs weiterer Anteile innerhalb der Zusagen an die Arbeitnehmer sollte die Voraussetzung dafür städtischerseits definiert werden. Da das Klinikum in den letzten Jahren durchweg ordentliche Gewinne geschrieben hat, könnte eine Ausschüttungsquote eine solche Bedingung sein. Der Vorschlag berücksichtigt, dass ein Grundbetrag bereits im HSK eingestellt war und bleibt dennoch deutlich unterhalb der geplanten Gewinnzone.

Duisburger Hafen AG : Der Hafen erwirtschaftet ordentliche Gewinne. Es ist nicht nachvollziehbar, dass eine derart lukrative städtische Beteiligung keine ordentlicheren Erträge abliefern, insbesondere nicht in einer Notzeit für einen der Gesellschafter.

Gebag: Da das Ziel der heutigen Bemühungen eine Restrukturierung und damit auch eine Wiederherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist, wären zu einem späteren Zeitpunkt auch wieder bessere Gewinnausschüttungen zu erwarten.

Gesellschaft für Wirtschaftsförderung:

Die Gesellschaft ist eine je hälftige Beteiligung von Stadt und Wirtschaft. Die Kosten werden allerdings 2/3 zu 1/3 verteilt (1,2 Mio. zu 0,56 Mio.). Sowohl hieran sollte gearbeitet werden, als auch an Größe und Aufgabenzuschnitt (20 MA).

Landschaftsverband Rheinland: Während in Kommunen (und partiell auch im RVR) mit Sparvorgaben und teils massiven Sparprogrammen hantiert wird, werden die Ausgaben des LVR meist als gegeben hingenommen. Dabei reicht es nicht aus, nur normale Steigerungsraten auszusetzen, Duisburg muss mit seinen Sparprogrammen weit darüber hinaus gehen und Aufgaben deutlich reduzieren. Dies kann man auch vom LVR erwarten, Duisburg erwartet hierfür die Unterstützung der Landesebene.

Während Duisburg mit HSK und HSP bald zehn Prozent seiner Ausgaben streicht, beinhaltet der Vorschlag gerade mal eine einprozentige Umlagenreduzierung.

Mieten: Die Kosten für fremdgemietete Gebäude liegen bei ca. 10 Mio. Euro im Jahr. Die internen Kosten für eigene Mieten (IMD) sinken nur sehr zögerlich. Vor dem Hintergrund des bereits erfolgten Personalabbaus in den letzten zehn Jahren ist dies kaum nachvollziehbar. Vor der Aussicht weiterer fast tausend Arbeitnehmer weniger sind hier massive Korrekturen erforderlich. Die Fremdanmietung ist radikal zu kürzen. Zudem ist ein Programm zur Nutzung von aufgegebenem Schulraum zu entwickeln (man darf jetzt investieren, um zu sparen). Zumindest sind die Schulen interessant, die ohnehin keiner absehbaren Nutzung zugeführt werden können, also deren Gelände als auch Gebäude sich nicht absehbar vermarkten lässt. In der Umnutzung könnte gleichzeitig ein Betätigungsfeld für die GfB entstehen.

Bildungsholding : Die Zusammenführung von Schulverwaltung, VHS und Bibliothek vor ca. 5

Jahren zum Zweck der Kosteneinsparung und Synergien hat im Ergebnis zu mehr Stellen und damit mehr Kosten geführt. Die Leitungen bestehen weiter, die Holding macht ‚Koordination‘. Die Arbeit einer „Holding“ für Bildungsfragen ist klassische Aufgabe eines Dezernatsbüros. Die Auflösung der Holding bei weiter bestehenden Amtsleitern führt zumindest zum Abbau des kompletten Stabes.

Innenrevision Amt 50: Bei der Maßnahme Innenrevision können nach unseren Informationen schadlos 200.000 mehr ab 2014 und 400.000 mehr ab 2016 eingestellt werden.

Erweiterung

Geschwindigkeitskontrollen: In den letzten beiden Jahren ist ein Anstieg der Beschwerden über nächtliche Rasereien zu vermerken. Die neuen Maßnahmen sollten sich auf diesen Bereich konzentrieren. Außerdem sind fest installierte Kontrollen an Stellen, an denen sich tödliche oder schwerwiegende Unfälle nachweislich ereignet haben (z. B. B 288), einzurichten

Anträge

Antrag zu TOP 2. Umsetzungsvereinbarung

Der Rat der Stadt Duisburg stellt fest:

Eine erfolgreiche Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes kann nur gelingen, wenn MitarbeiterInnen motiviert sind und ein Arbeitsklima, das auf Respekt und verantwortlichem Miteinander zwischen den Beschäftigten und ihrer Vertretung und der Arbeitgeberseite herrscht. Das setzt einen kommunikativen und konstruktiven Umgang der Beteiligten voraus. Das Landespersonalvertretungsgesetz legt dazu die Mindestregeln fest.

Der Rat der Stadt Duisburg fordert den Oberbürgermeister auf, mit dem Personalrat eine Vereinbarung für den Umsetzungsprozess ab zu schließen.

Der Rat erwartet das Aufgreifen von produktiven Verfahrensregeln, wie sie vom Personalrat angeboten werden.

Antrag zu TOP 9 und 10 der Ratssitzung am 25. Juni 2012, Bürgerbeteiligung

Der Rat der Stadt Duisburg dankt den vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich engagiert mit dem Haushaltssanierungsplan auseinandergesetzt haben. Er beauftragt den Haupt- und Finanzausschuss, sich mit der Auswertung der Verwaltung in der DS 12-0095/3 auseinander zu setzen und dem Rat realisierbare Vorschläge vorzulegen.

Die Bürgerbeteiligung bei künftigen HH-Beratungen muss weiter optimiert werden und wird vor den nächsten Schritten erneut zum Gegenstand der Beratungen gemacht.

Weitere Informationen

Weitere Informationen und detaillierte Zahlen findet ihr auf unserer Homepage auf der Sonderseite „Haushaltssanierungsplan“ (<http://www.linksfraktion-duisburg.de/1687.html>).

Regelmäßige Termine der Gesamtfraktion

In der Regel finden alle Zusammenkünfte in der Geschäftsstelle der Ratsfraktion, Gravelottesr. 28, DU-Hochfeld, statt. Andere Orte weisen wir dann bei dem betreffenden Termin gesondert aus.

Interessierte sind herzlich eingeladen kontinuierlich an den Arbeitskreisen teilzunehmen.

Fraktionsvorstandssitzung: jeden Montag, 17 Uhr - Ausnahme: Vor und nach Ratssitzungen donnerstags.

Gesamtfraktionssitzung: Jeden 4. Mittwoch im Monat, 17 Uhr – **Ort:** Rathaus, Burgplatz 19, DU-Mitte

AK Arbeit, Gesundheit und Soziales: Jeden 1. Mittwoch im Monat, 18 Uhr, **Ansprechpartner:** Thomas Keuer

AK Jugendhilfe: Jeden 1. Mittwoch im Monat, vorher nachfragen, 19 Uhr, **Ansprechpartnerin:** Martina Ammann

AK Kultur: Jeden 2. Mittw. im Monat, 17 , **Ort:** Rathaus, R. 301, Burgplatz **Ansprechpartnerin:** Barbara Laakmann

AK Migration: 1. Donnerstag im Monat, 18 Uhr (vorher nachfragen), **Ansprechpartner:** Erkan Kocalar

AK Schule: Jeden 1. Mittwoch im Monat, 17 Uhr, Rathaus, Raum 68, **Ansprechpartnerin:** Barbara Laakmann

AK Sport: Jeden 4. Donnerstag im Monat, 18 Uhr **Ansprechpartner:** Michael Dubielczyk

AK Umwelt: Jeden 3. Freitag im Monat, 17 Uhr **Ansprechpartner:** Detlef Feldmann

AK IMD + Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr: Jeden 1. Mittwoch im Monat, 17 Uhr
Ansprechpartner: Dietrich Kunze (IMD) und Herbert Fürmann (WSV)

Achtung: während der Sommerpause (9. Juli bis 21. August) können die Termine abweichen oder ausfallen. Bitte erfragt die genauen Zeiten in der Geschäftsstelle.